# Kernfragen der Kernenergie-Politik

Autor(en): Lienhard, Richard

Objekttyp: Article

Zeitschrift: Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und

**Kultur** 

Band (Jahr): 56 (1977)

Heft 11

PDF erstellt am: **30.05.2024** 

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-339384

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

#### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

## Kernfragen der Kernenergie-Politik

### Vorwort zu einer Diskussion

Die Auseinandersetzung um das Pro und Kontra Kernkraftwerke wird längst nicht mehr mit sachlichen – ökonomisch-technischen – Argumenten geführt, sondern droht immer mehr in einen Glaubenskrieg auszuarten. Für die Atomkraftwerk-Gegner sind die Atomkraftwerk-Anhänger «Agenten der kapitalistischen Nuklearmultis» und Wegbereiter des Atomtodes. Für die Atomkraftwerk-Anhänger sind die Atomkraftwerk-Gegner Handlanger der Ölscheichs und Totengräber der Vollbeschäftigung.

Glaubenskriege sollten bei Sozialdemokraten nicht in hohem Kurs stehen. Sozialdemokratische Politik hat dem Wohl der Menschen zu dienen. Aber es soll nicht durch eine Heilsidee dem einzelnen aufgenötigt werden. Deshalb war auch sozialdemokratische Politik von jeher durch einen rationalen Geist geprägt. «Aussprechen, was ist», das war stets ein Grundsatz sozialdemokratischer Bewusstseinsbildung. Ihm fühlt sich auch unsere Zeitschrift verpflichtet.

In einem Kommentar zu der von Peter Graf verfassten Schrift «Atomfront» wird behauptet, die Atomdiskussion habe sich in ein steriles Für und Wider der Atomenergieposition verrannt. Nach meiner Ansicht hat indessen hierzulande in den Blättern der Linken eine echte Diskussion um die wirklichen Probleme der Atomenergie noch gar nicht stattgefunden. So haben sich zum Beispiel beim «Profil» bis heute fast ausschliesslich Gegner der Atomkraftwerke zum Wort gemeldet.

Peter Graf schlägt in der genannten Schrift unter dem Titel «Einige Vorschläge» an erster Stelle vor, es sollte der Bund die nötigen Mittel für kontradiktorische Information aufwenden. Es bleibt nur zu hoffen, dass eine solche Information in *allen* Blättern zum Ausdruck kommt. Lediglich auf Grund einer solch umfassenden kontradiktorischen Information könnte schliesslich entschieden werden, ob ein allgemeiner Baustopp als gerechtfertigt erscheint.

Eine ernsthafte Prüfung verdient zurzeit die Parlamentarische Initiative Meizoz (soz., Waadt), wonach mittels eines allgemeinen Bundesbeschlusses jede Standortbewilligung und jede Baubewilligung für Atomkraftwerke bis zum 31. Dezember 1981 auszuschliessen wäre. Weniger realistisch erscheint mir der Ruf nach einem unverzüglichen befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau; denn ein solcher Stopp würde auch jene Werke erfassen, deren Bau bereits in Angriff genommen worden ist oder bereits vor der Vollendung steht. Hier lassen sich nämlich rechtsstaatliche und volkswirtschaftliche Bedenken nicht übersehen. Da müssten schon überzeugende Gründe angeführt werden können, die im Zeitpunkt der Baubewilli-

gung noch nicht bekannt waren. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, kann nicht von Glaubenskriegern entschieden werden, sondern allein auf Grund einer sachlichen kontradiktorischen Information. Dabei sollten heute, gerade heute, die rechtsstaatlichen Grundsätze ernst genommen werden. Es besteht da seitens der Sozialdemokratie keinerlei Veranlassung, den Wortführern revolutionärer Ungeduld irgendwelche Konzessionen zu machen. Wie kommt nun aber Peter Graf dazu, an erster Stelle seiner Schrift den «Spiegel» zu zitieren: mit einem Leserbrief des Schriftstellers Joachim Kaiser, der sich darüber aufregt, dass in der Bundesrepublik Deutschland «Politiker mit ihren Polizisten die Bauplätze (das heisst der Atomkraftwerke) freiprügeln liessen»? Hier zeigt sich doch recht wenig Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit. Es gehört denn auch zum Kernproblem der Kernenergiepolitik, dass sie mit etwas mehr Verantwortung gegenüber rechtsstaatlichen Institutionen diskutiert wird.

Um die Situation an der «Atomfront» kontradiktorisch zu beleuchten, veröffentlichen wir im folgenden zwei Beiträge, die für die ausgezeichnet redigierte Zeitschrift «Arbeit und Wirtschaft» (Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes) verfasst worden sind. Dank der guten Zusammenarbeit mit der Redaktion dieses Blattes wurde uns gestattet, die Beiträge von Heinz Kienzl und Theodor Prager auch im «Profil» zum Abdruck zu bringen. Diese beiden Diskussionsbeiträge sind für uns auch deshalb von besonderem Interesse, weil die Verhältnisse in Österreich am ehesten mit denjenigen unseres Landes zu vergleichen sind.

Dr. Heinz Kienzl ist Generaldirektor-Stellvertreter der Österreichischen Nationalbank und gleichzeitig Spitzenfunktionär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Theodor Prager hat sich als Publizist weit über die Grenzen seines Landes einen Namen geschaffen. Beide sind als prominente Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs ständige Mitarbeiter der Monatsschrift «Die Zukunft» (Organ der SPÖ).